

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
(64. - öffentliche - Sitzung am 1. Dezember 2016)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch den Chef der Staatskanzlei über den Entwurf des Zwanzigsten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag - 20. RÄStV)**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen sinnvoll steuern - das Instrument der Landesplanung anwenden**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5831](#)

Der Ausschuss führte zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Bürgermeister Andreas Memmert, Gemeinde Schladen-Werla
- Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN)
- DGB-Landesvorstandsbüro Niedersachsen
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung - Leibniz-Forum für Raumwissenschaften
- Flüchtlingsrat Niedersachsen

3. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ausführungen von Wirtschaftsminister Lies vor dem EU-Untersuchungsausschuss zu Abgasmanipulationen am 20. Oktober 2016

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. a) **Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie korrigieren - ältere Menschen und junge Familien nicht von Wohnimmobilienkrediten ausschließen - überschießende Regulierung zurücknehmen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/6681](#)

- b) **Wohneigentum fördern - Bessere Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/6684](#)

Auf Wunsch der Fraktion der SPD setzte der Ausschuss den Punkt von der Tagesordnung ab, weil der vom federführenden Ausschuss für Haushalt und Finanzen angekündigte Änderungsvorschlag noch aussteht.

5. **Chancen der Nordseekommission für Niedersachsen nutzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/6906](#)

Der Ausschuss führte die Beratung durch. Er empfahl dem Plenum des Landtags - vorbehaltlich des Ergebnisses der Mitberatung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen - mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen - bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen -, den Antrag unverändert anzunehmen.

6. Terminabsprachen

Der Ausschuss erörterte Terminvorschläge für seine im ersten Halbjahr 2017 geplante Informationsreise nach Brüssel.